

Große Anfrage

der Fraktion GRÜNE

Plastik in der Umwelt – Ursachen, Folgen und Möglichkeiten zur Eindämmung in Baden-Württemberg

Wir fragen die Landesregierung:

- I. Entwicklung der Kunststoffverpackungsabfälle und der Recyclingquoten, Verpackungsgesetz, energetische Verwertung
 1. Wie haben sich in den letzten Jahren die Anteile der Kunststoffabfälle (Kunststoffverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen) in Deutschland – sofern bekannt – und Baden-Württemberg, die jeweils dem Recycling und der energetischen Verwertung zugeführt werden, entwickelt?
 2. Wie beurteilt die Landesregierung das neue Verpackungsgesetz der Bundesregierung hinsichtlich der Verpackungsvermeidung, der Verringerung von Kunststoffeinwegverpackungen, der Verbesserung von Recycling-Quoten und der Verminderung von Kunststoffeinträgen in die Umwelt?
 3. Welche weiteren Maßnahmen sind nach Ansicht der Landesregierung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene notwendig, um einerseits die Verpackungsabfälle zu reduzieren und andererseits Mehrwegsysteme und Recyclingquoten zu erhöhen?
 4. Wie beurteilt die Landesregierung Gelbe Tonnen anstelle von Gelben Säcken hinsichtlich Erscheinungsbild, Hygiene, Verschmutzung von Wohnumfeld und Umwelt, Kosten und Praktikabilität?
 5. Wie beurteilt die Landesregierung Wertstofftonnen (= System für Verpackungen und Nichtverpackungen) im Vergleich zu den Gelben Säcken/Gelben Tonnen hinsichtlich Verwertungseffizienz der gesammelten Wertstoffe, Kosten und des dadurch verursachten Verkehrsaufkommens und inwieweit unterstützt sie gegebenenfalls die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bei ihrer Einführung?
 6. Welche Erfahrungen zu Recyclingquoten von Kunststoffabfällen/stoffgleichen Nichtverpackungen, die über Wertstofftonnen erfasst wurden, liegen ihr aus Baden-Württemberg vor?
 7. Wie beurteilt sie die energetische Nutzung in Form der Mitverbrennung von Kunststoffabfällen in Zementwerken oder anderen energieintensiven Betrieben gegenüber dem Recycling aus ökobilanzieller Sicht sowie hinsichtlich Material- und Ressourceneffizienz und Aspekten der Luftreinhaltung?

II. Plastiksteuer, Reduktion von Kunststoffabfällen, Aktivitäten der Landesverwaltung

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Einführung einer Plastiksteuer unter Darlegung, wie diese ausgestaltet sein könnte?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Pläne der EU, bestimmte Einwegkunststoffprodukte zu verbieten?
3. Welche Alternativen sieht die Landesregierung zu Einweg-Kunststoffverpackungen oder auch der Verwendung von Kunststoffen insgesamt?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Einsatz biologisch abbaubarer Kunststoffe hinsichtlich Ökologie und Umweltverträglichkeit?
5. In welchen Anwendungsbereichen sind biologisch basierte Kunststoffe aus Sicht der Landesregierung eine geeignete Alternative zu erdölbasierten Kunststoffen unter Angabe, wie diese unter ökologischen Gesichtspunkten einzuordnen sind?
6. Inwieweit unterstützt das Land Forschungsaktivitäten zu biologisch basierten Kunststoffen und biologisch abbaubaren Alternativen?
7. Inwieweit sieht die Landesregierung Möglichkeiten, das Aufkommen von Verpackungen in der Landesverwaltung und den landeseigenen Betrieben zu reduzieren?

III. Eintrag von Kunststoffabfällen und Mikroplastik in die Umwelt

1. Wie bewertet die Landesregierung die ihr vorliegenden Erkenntnisse zur Umweltbelastung durch Mikroplastik in Baden-Württemberg?
2. Welche Quellen für Mikroplastikeinträge in die Umwelt sind der Landesregierung bekannt unter Angabe ihrer quantitativen Bedeutung?
3. Welche Rolle spielt – qualitativ und quantitativ – der Reifenabrieb aus dem Straßenverkehr beim Eintrag von (Mikro-)Plastik in die Umwelt?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Verwendung und den Einwurf von biologisch abbaubaren Kunststofftüten bei der Sammlung von Bioabfällen als Alternative zum – nicht sachgerechten – Miteinwurf dauerhaft haltbarer PE-Tüten unter Angabe weiterer möglicher Alternativen?
5. Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um Fälle ähnlich der im März bekannt gewordenen Plastikreste in der Schlei (Schleswig-Holstein) zu verhindern?
6. Welche technischen Möglichkeiten sind der Landesregierung bekannt, um Kunststoffreste im Kompost, in Klärschlämmen und Gärresten maßgeblich zu reduzieren?
7. Welche weiteren Maßnahmen hält die Landesregierung für sinnvoll bzw. hat sie ergriffen oder plant sie zu ergreifen, um den Eintrag an Kunststoffresten (einschließlich Mikroplastik) in die Umwelt zu reduzieren?
8. Wie werden die auf landwirtschaftlich genutzten Flächen eingesetzten Kunststofffolien und -vliese nach ihrer Nutzung entsorgt bzw. gemäß § 8 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) verwertet und liegen der Landesregierung Informationen dazu vor, ob ein relevanter Anteil dieses Materials auf den Äckern verbleibt und sich dort allmählich in Mikroplastik oder Plastik-Kleinteile zersetzt?
9. Hält die Landesregierung die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie, auf feste Mikroplastikprodukte in Kosmetika zu verzichten, für geeignet und für ausreichend, um die Mikroplastikmengen aus Kosmetika in der Umwelt wirksam zu re-

duzieren unter Angabe weitergehender Schritte, die sie auf Bundesebene gegebenenfalls unterstützt?

10. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Maßnahmen gegen das weitere „Marine Littering“ zu ergreifen unter Darlegung, auf welcher Ebene (Bund, Land, öffentlich-rechtliche Entsorger) diese jeweils erfolgen müssten?
11. Wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Aktivitäten der Plastic Bank, die in Ländern ohne geregelte Abfallentsorgung Plastikmüll gegen Entgelt entgegennimmt und diesen als sogenanntes soziales Plastik an Firmen zum Recycling weitervermittelt?

IV. Mögliche Gesundheitsgefährdungen durch Kunststoffe, Information und Sensibilisierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern

1. Über welche aktuellen Studien zu Rückständen von Phthalaten aus Verpackungen in Lebensmitteln und deren gesundheitlichen Folgen hat die Landesregierung Kenntnis?
2. Wie haben sich die Phthalat-Konzentrationen in Lebensmitteln im Laufe der letzten Jahre entwickelt?
3. Konnten bei der Überwachung des Verbots für fortpflanzungsschädigende und weitere gesundheitsschädigende Phthalate Verstöße in Baden-Württemberg nachgewiesen werden und falls ja, bei welchen Produkten sind diese aufgetreten?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um Verbraucherinnen und Verbraucher weiter dafür zu sensibilisieren, mit ihrem Konsumverhalten zur Vermeidung unnötiger Kunststoffverpackungen beizutragen?

31.07.2018

Andreas Schwarz, Lisbach und Fraktion

Begründung

Zwar eignen sich Kunststoffe zum Einsatz in vielen Produkten und können dabei teilweise auch Materialien mit schlechterer Ökobilanz ersetzen. Doch werden insbesondere im Verpackungsbereich auch viele Kunststoffe produziert, verbraucht und anschließend weggeworfen, deren Einsatz vermeidbar wäre.

Aufgrund ihrer Langlebigkeit reichern sich Kunststoffe zunehmend in verschiedenen Umweltkompartimenten an und führen dort zu erheblichen ökologischen Problemen.

Die derzeitigen politischen und rechtlichen Instrumente reichen nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller nicht aus, um der Plastikflut nachhaltig Einhalt zu gebieten. Beispielsweise ist von 2004 bis 2014 der Anteil der Kunststoff-Einwegflaschen von 29 Prozent auf 54 Prozent bei Erfrischungsgetränken gestiegen, obwohl seit spätestens 2005 bei fast allen Erfrischungsgetränken Pfand auf Einwegverpackungen erhoben wird.

Hinzu kommen immer häufigere Nachweise von Mikroplastik in der Umwelt – in den Weltmeeren, der Antarktis, aber auch in Binnengewässern. Forschungsergebnisse zeigen, dass die Häufung von Mikroplastik in der Umwelt voraussichtlich zu gravierenden Problemen führen wird. Auch die Aufnahme von Schadstoffen aus Verpackungen durch die Verbraucherinnen/Verbraucher ist in mehreren Studien belegt (siehe Umweltprobenbank des Bundes UPB).

Mit der Großen Anfrage sollen insbesondere die bereits gestarteten Aktivitäten sowie weitere Pläne und Handlungsoptionen der Landesregierung dargestellt werden, um die Flut von Kunststoffverpackungen zu verringern, die Recyclingquoten zu erhöhen und die Einträge von Kunststoff in die Umwelt zu reduzieren. Auch sollen die möglichen und notwendigen Beiträge der anderen politischen Ebenen (EU, Bund, Stadt- und Landkreise) beleuchtet werden.

Ebenso thematisiert die Große Anfrage mögliche gesundheitsgefährdende Auswirkungen von Phthalaten, die aus Verpackungen in Lebensmittel diffundieren können.